2017-02-02

Stadt Dessau-Roßlau
Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 18.01.2017

Sitzungsbeginn: **16:30 Uhr**
Sitzungsende: **17:10 Uhr**
Sitzungsort: **Raum 228, Rathaus Dessau**

Es fehlten:

siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Oberbürgermeister Kuras, Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses, eröffnete die Sitzung und wies darauf hin, dass er die Sitzung um 18 Uhr aufgrund eines wichtigen, nicht verschiebbaren Termins verlassen müsse. Er begründete dies mit der Änderung des Sitzungskalenders und erklärt, dass Herr Adamek die Sitzung fortführen würde, sofern sie nicht bis 18 Uhr beendet sei. Anschließend stellte Herr Oberbürgermeister Kuras die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit sieben anwesenden, stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Adamek, CDU-Fraktion, äußerte, davon ausgegangen zu sein, dass sich die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses in dieser Sitzung mit der Gefahrenabwehr-Satzung beschäftigen wollen würden.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, erklärte, dass am heutigen Tage eine Sitzung der Fraktionen mit Mitgliedern der Verwaltung stattgefunden hätte und die Verwaltung an einer überarbeiteten Fassung arbeiten würde. Sie fügte hinzu, dass die geänderte Fassung zunächst dem Landesverwaltungsamt vorgelegt werden müsse, da diese genehmigungsfähig sein sollte, bevor sie beschlossen wird. Die letzten Abstimmungen hierzu hätten an diesem Tag stattgefunden, erklärt Frau Nußbeck.

Da es keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung gab, stellte **Herr Oberbürgermeister Kuras** anschließend die Tagesordnung fest.

Die vorliegende Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
09:00:00

3 Genehmigung der Niederschriften vom 23.11.2016 und 07.12.2016

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, erklärte, dass die SPD-Fraktion in der Niederschrift des 07.12.2016 vergessen worden wäre. Bei den anwesenden Mitgliedern, die sich allesamt für die Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Dessau-Roßlau an Herrn Professor Göring aussprachen, sei die SPD-Fraktion nicht erwähnt worden.

Herr Oberbürgermeister Kuras vermeldete, dass die Niederschrift dahingehend ergänzt wird.

Des Weiteren hieß er **Herrn Präger, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, um 16.36 Uhr zur Sitzung willkommen und stellt eine Anwesenheit von 8 von 10 Mitgliedern fest.

Die Niederschriften wurden mit der genannten Korrektur genehmigt (09:00:00).

Abstimmungsergebnis:
09:00:00

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gab die in der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 23.11.2016 gefassten nichtöffentlichen Beschlüsse bekannt:

- Jahresabschluss 2015 der MVZ SKD GmbH
- Abrechnung der Zielvereinbarung 2015 mit der Geschäftsführung der MVZ SKD GmbH
- Jahresabschluss 2015 der IVG Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH
- Abrechnung der Zielvereinbarung 2015 mit der Geschäftsführung der IVG – Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH
- Weitere Beschlussfassungen in der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Anhalt-Bitterfeld | Dessau | Wittenberg mbH (WFG ABDW) am 04.11.2016
- Bestellung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss 2016 der Industriehafen Roßlau GmbH (IHR).

Er schloss den Tagesordnungspunkt mit der Bekanntgabe des in der Sondersitzung des Haupt- und Personalausschusses am 07.12.2016 gefassten nichtöffentlichen Beschlusses ab:

- Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Dessau-Roßlau.

5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Es gab keine Eilentscheidungen im Berichtszeitraum.

6 Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Anfragen vorgebracht.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Es lagen keine öffentlichen Anfragen und Mitteilungen vor.

8 Beschlussfassungen

8.1 Abschluss einer Zweckvereinbarung über die Nutzung eines Intensivtransportwagens
Vorlage: BV/467/2016/II-37

Einführend in das Thema stellte Frau Nußbeck **Herrn Kuhnhold, Leiter des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst,** vor und erklärte, dass dieser für weitere Ausführungen der Thematik zur Verfügung stehe.

Herr Oberbürgermeister Kuras stieg ein mit der Frage an Herrn Kuhnhold, ob es der in Halle (Saale) stehende Intensivtransportwagen im Falle eines schweren Unfalles rechtzeitig schaffen würde, nach Dessau zu gelangen.

Herr Kuhnhold erklärte, dass das Fahrzeug keinen Einsatz bei Notfällen finden würde. Es sei nicht für die Primärrettung gedacht, sondern eher für den Interhospitaltransfer. Es würde zur Verlegung von einer intensiv medizinisch versorgten Person vom (Städtischen) Klinikum in eine Spezialklinik eingesetzt werden. Das Fahrzeug entspricht demnach einer Intensivstation, die mit einem Arzt besetzt ist. Da der Patient schon im Dessauer Krankenhaus versorgt ist, bestünde keine Zeitrelevanz.

Herr Oberbürgermeister Kuras bedankte sich für den Hinweis und unterstrich nochmals, dass der Intensivtransportwagen nicht für die Rettung, sondern für die Beförderung genutzt werden soll. Er erkundigte sich nach der für das Modellprojekt eingeplanten Zeit.

Herr Kuhnhold antwortete, dass das Projekt zunächst achtzehn Monate laufen soll. Sofern das Fahrzeug dann gut angenommen werden sollte, werde zwischen den Krankenkassen und dem Innenministerium eine entsprechende Verlängerung erfol-

gen, sodass das Fahrzeug auf Dauer genutzt werden könne. Es gäbe die Überlegung, eventuell noch ein zweites oder drittes Fahrzeug zu installieren. Dies hinge jedoch von der Entwicklung des Bedarfes ab. Zunächst existiere nur ein Intensivtransportwagen.

Herr Oberbürgermister Kuras lenkte ein, dass es zu dieser Thematik einen großen Streitfall im Landkreis Mansfeld-Südharz gab. Dort hatte man zwei dieser Fahrzeuge angeschafft, hatte dann aber finanzielle Schwierigkeiten.

Herr Kuhnhold erklärte, dass beide Fahrzeuge stillgelegt und verkauft wurden, da die Krankenkassen nicht bereit waren, die Kosten zu tragen.

Herr Oberbürgermeister Kuras gab an, dass die Krankenkassen die Nutzung des Intensivtransportwagens mit angeregt hätten und erkundigte sich, ob die von den Krankenkassen begonnene Diskussion um die Rettungsleitstellen erledigt sei.

Herr Kuhnhold beteuerte, dass diese Diskussion wieder aufflammen würde. Es wurde hierzu eine Arbeitsgruppe von fachkundigen, externen Beratern einberufen, welche in diesem Jahre zu einer Entscheidung kommen und der Landesregierung einen Vorschlag unterbreiten sollen, wie es mit den Leitstellen weitergehen soll. Es müsse abgewartet werden, was im späteren Gutachten enthalten ist.

Während des Tagesordnungspunktes erschien **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau,** zur Sitzung. Somit waren 9 von 10 stimmberechtigte Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses anwesend.

Der Vorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:
09:00:00

8.2 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Durchführung des überörtlichen Brandschutzes und die überörtliche Hilfeleistung im Bereich BAB 9 und Ortslage Sollnitz
Vorlage: BV/480/2016/II-37

Herr Oberbürgermister Kuras begrüßte es, dass man die Zuständigkeit zwischen verschiedenen Gebietskörperschaften klar regelt und sich gegenseitig hilft und befürwortete den Vorschlag.

Dem Vorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:
09:00:00

8.3 Neufassung der Abfallentsorgungssatzung der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/436/2016/III-83

Herr Oberbürgermeister Kuras erläuterte, dass die Neufassung im Wesentlichen eine Anpassung an neue rechtliche Regelungen und eine Bemühung der Vereinfachung darstellt.

Frau Dr. Kegler, Leiterin des Amtes für Umwelt- und Naturschutz, erklärte, man hatte bisher eine sehr dicke Satzung. Sie verwies auf die Anlagen 1 bis 4 der bisherigen Satzung, worin die von der Entsorgung ausgeschlossenen Abfälle aufgeführt wurden.

Es wurden früher üblicherweise die besonders bewachungsbedürftigen, heute gefährlich genannten, Abfälle ausgeschlossen. Dies hatte den Grund, dass die entsorgungspflichtigen Körperschaften, hier vertreten durch den Eigenbetrieb Stadtpflege, gar nicht in der Lage sind, eine Sondermüllverbrennungsanlage zu schaffen. Ein derartiges Ausschließen sei nun aber nicht mehr möglich. Man hätte seit zwei Jahren eine Satzung, welche in diesem Punkt nicht rechtsgültig war, da der Ausschluss von Abfällen durch die Kommunalaufsicht zu genehmigen ist und das wurde verweigert.

Es besteht die Entsorgungspflicht für alle Abfälle. Man habe aber die Möglichkeit, wenn der Eigenbetrieb sich dies nicht leisten kann, im Falle einer Einzelfallentscheidung die entsprechenden Abfälle von der Entsorgung auszuschließen. Dies sei der Hauptgrund der Neufassung. Daher sei diese nun auch viel dünner.

Darüber hinaus habe man die Gelegenheit genutzt, diverse sprachliche Anpassungen und Verbesserungen einzubringen. Es wird nun nicht mehr nur von Asbest-Abfällen, sondern auch von Dämmmaterialen gesprochen, da dies ein Entsorgungsweg sei.

Herr Oberbürgermeister Kuras erkundigte sich nach der Bedeutung für den Bürger.

Frau Dr. Kegler entgegnete, dass die Änderung für den Bürger keine Rolle spielt. Für diesen ändere sich nichts. Die ausgeschlossenen Abfälle waren die gefährlichen. Dort war für den Bürger selbst klar, dass diese Abfälle nicht ausgeschlossen werden dürfen. Dazu gibt es die Anlage auf der Deponie, wo Sonderabfälle aus den Hauhalten hingebracht werden können; sowie das Schadstoffmobil, welches drei Mal im Jahr in der Stadt Dessau-Roßlau tourt.

Auch für die Industriebetriebe ändere sich gar nichts, da diese ihre eigenen Entsorgungskapazitäten haben. Daran werde auch nichts geändert.

Herr Oberbürgermeister Kuras hieß die Verteilung des alljährlichen Abfallkalenders gut, da alles Wissenswerte darin enthalten sei. Er gab an, es hätte bei Polystyrol diverse Änderungen gegeben, welche den Bürger betreffen.

Frau Dr. Kegler widersprach der Aussage des Oberbürgermeisters. Die Änderungen würden nur den Gewerbetreibenden betreffen. Es ginge um die Brandschutzmittel, welche im Polystyrol sind. Von diesen hieß es, sie seien gesondert einzusammeln und zu entsorgen. Das würde heißen, dass eine große Menge in eine Müllverbrennungsanlage kommt und das könne man nicht verarbeiten, da es zu hohe Glühwerte

hat. Daher wurde die Änderung zurückgenommen. Man kann Polystyrol ganz normal mit den bauchemischen Abfällen entsorgen.

Abseits der Tagesordnung informierte **Herr Oberbürgermeister Kuras** die Anwesenden, dass Herr Stadtrat Rumpf angefragt hat, ob man in der heutigen Sitzung bereits einen Beschluss über die Vergabe von Breitband-Ausschreibungen fassen könne, um diese schon in der nächsten Stadtratssitzung beschließen zu können. Diese Thematik wurde bereits in der Dienstberatung diskutiert. Herr Oberbürgermeister Kuras und Herr Dr. Reck kamen zu dem Entschluss, man könne es bei der normalen Abfolge belassen.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, sagte aus, man würde daraus keinen wirklichen Zeitgewinn generieren. Es fehlen zudem der Fördermittelbescheid, die Auskömmlichkeitserklärung der in die engere Wahl kommenden Unternehmen sowie eine aufsichtsrechtliche Stellungnahme. Man wolle alles in Ruhe mit dem Rechnungsprüfungsamt abklären und einen vergaberechtlich ordnungsgemäßen Ablauf absichern. Daher war sein Vorschlag, es nicht in den nächsten Stadtrat aufzunehmen. Im Februar, unter Beteiligung des Bau- und Wirtschaftsausschusses, sei die Vergabe geplant. So hätte man es maximal vier Wochen später, ohne einer Verzögerung im Baugeschehen.

Herr Oberbürgermeister Kuras stimmte der Ansicht von Herrn Dr. Reck zu und erklärte, dass in solchen Fällen immer Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehe. Es ginge dabei um viel Geld. Jedoch versichere er, dass die Stadträte mit der Verfahrensweise zufrieden sein werden. Man müsse nur alles wasserdicht machen. Es stünde noch ein Mietergespräch aus, sowie die von Herrn Dr. Reck genannten Sachen.

Herr Oberbürgermeister Kuras fragte nach der gewünschten Abfolge und schlug vor, die Angelegenheit zuerst in den Bauausschuss zu bringen.

Herr Dr. Reck antwortete, es solle zunächst in den Bau- und dann in den Wirtschaftsausschuss.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, sagte, Herr Mau hatte auch mit ihm gesprochen und er selbst hätte nichts dagegen gehabt, wenn die Notwendigkeit bestünde. Beschleunigen sei kein Thema, aber da es nicht nötig ist, setze er ebenso auf Gründlichkeit.

Herr Oberbürgermeister Kuras wies zudem darauf hin, dass die finanziellen Mittel hierzu noch nicht da sein.

Er erzählte darüber hinaus, ihm hätte die Telekom gesagt, dass sie den Regelausbau abgeschlossen hat, was er bestätigen könne. Was jedoch noch mehr seine Aufmerksamkeit lockte, war eine Verlautbarung aus dem Bundeswirtschaftsministerium, welches darüber klagt, dass die Fördermittel nicht abfließen. Solle dem so sein, wäre man nun fertig und empfangsbereit.

Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen.

Herr Oberbürgermeister Kuras stellte anschließend die Nichtöffentlichkeit her.

Abstimmungsergebnis:
09:00:00

13 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde um 17:10 Uhr durch den **Herrn Oberbürgermeister Kuras** geschlossen.

14 sonstige Vorlagen (vergessene Vorlagengruppe)

Dessau-Roßlau, 01.04.17

Oberbürgermeister Peter Kuras
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Schriftführer